

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 302 – 27. September 2024

## Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

heute vor 15 Jahren - am 27. September 2009 - wurde ich zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt. Das Bundestagsmandat ist für mich eine große Ehre. Den Wählerinnen und Wählern bin ich dankbar, dass sie mich auch 2013, 2017 und 2021 direkt in den Bundestag gewählt haben. Auch weiterhin will ich mich mit vollem Einsatz für meine Heimat einbringen und Ihre Anliegen mit einer starken Stimme in der Hauptstadt vertreten.

Im Bundestag sollte in dieser Woche eigentlich das von der Ampel-Regierung groß angekündigte Sicherheitspaket beschlossen werden. Wegen Streitigkeiten in der Koalition hat die Ampel-Mehrheit die Verabschiedung des Gesetzespakets jedoch verschoben. Die Regierung hat die Sicherheitslage im Land nicht mehr im Griff und ist auch nicht fähig, die entsprechenden Konsequenzen aus den Anschlägen in Mannheim und Solingen zu ziehen. Als Unionsfraktion haben wir deshalb ein eigenes Sicherheitspaket mit konkreten Maßnahmen in den Bundestag eingebracht.

In diesem Newsletter geht es außerdem um die vermurkste Krankenhausreform von Gesundheitsminister Lauterbach sowie um die katastrophale wirtschaftliche Situation in Deutschland und die völlig unzureichenden „Entlastungsmaßnahmen“ im Bürokratienteilungsgesetz der Regierung.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

## **Ampel verschiebt Beschluss zum Sicherheitspaket Unionsfraktion legt eigene Vorschläge zur Wende in der Asyl- und Migrationspolitik vor**

Deutschland befindet sich in einer anhaltenden schweren Migrationskrise. Bereits zum zweiten Mal innerhalb nur eines Jahrzehnts sieht sich unser Land mit der größten Zahl von Asylbewerbern

und Migranten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges konfrontiert. Allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres haben mehr als 160.000 Menschen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Deutschlands Aufnahmekapazitäten sind erschöpft, was sich in der täglichen Realität in den Kommunen, Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, auf dem Wohnungsmarkt und im öffentlichen Nahverkehr zeigt.

Gleichzeitig sehen wir immer deutlicher die Auswirkungen dieser verfehlten Migrationspolitik auf die innere Sicherheit. Als Reaktion auf die schrecklichen Terroranschläge in Mannheim und Solingen hatte die Regierung ein „Sicherheitspaket“ versprochen. Eigentlich hätte dieses Gesetzespaket in dieser Woche verabschiedet werden sollen. Doch die Koalitionsparteien haben sich erneut über Details zerstritten und den Beschluss verschoben. Statt wirksame Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen, diskutiert die Ampel über kleinteilige und symbolische Änderungen im Waffenrecht.

Mich haben in den letzten Tagen viele Briefe von Waffenbesitzern aus meinem Wahlkreis erreicht, die zurecht die Pläne der Regierung kritisieren. Denn mit der Verschärfung des Waffenrechts trifft die Ampel die Falschen. Statt die Täter der letzten Anschläge in Mannheim und Solingen und deren Netzwerke in den Blick zu nehmen, führt diese Koalition eine Scheindebatte über Messerklingen. Klar ist doch: Die Waffenrechtsänderung hätte die Terroristen nicht gestoppt. Wer bewusst eine Vielzahl von Menschen töten will und dabei auch sich selbst wissentlich in Gefahr bringt, den halten keine Verbote ab. So war es auch auf dem Solinger Volksfest, wo Messer verboten waren, der Täter sich davon aber nicht abhalten ließ. Es sind Terroristen, die Menschen töten, nicht Waffen. Die Verschärfungen bringen insofern keinen Mehrwert an Sicherheit. Vielmehr gängeln sie die vielen rechtstreuen und friedliebenden Waffenbesitzer in unserem Land. Jäger, Schützen, Angler, Handwerker oder einfach Leute, die ein Taschenmesser mit sich tragen, können künftig mit dem Gesetz in Konflikt geraten.

Als Unionsfraktion haben wir in dieser Woche unsere Forderung nach einer echten Wende in der Asyl- und Migrationspolitik erneuert und ein eigenes Sicherheitspaket vorgestellt. Wir fordern die Ampel auf, endlich die Zurückweisungen an den deutschen Grenzen konsequent umzusetzen und den illegalen Zustrom von Migranten zu begrenzen. Wir wollen die Bevölkerung wirksam vor Terrorismus und steigender Kriminalität schützen. Dazu gehört vor allem, dass die Speicherung von IP- Adressen endlich ermöglicht wird, aber auch, dass die Sicherheitsbehörden die umfassende Befugnis zur Nutzung von Gesichtserkennung sowie zur Online-Durchsuchung erhalten.

## **Wirtschaftsstandort Deutschland stärken – Bürokratie abbauen**

Die deutsche Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise. Das zeigt auch der Zustand der bedeutendsten Branche – der Automobilindustrie. Die Zulassungszahlen für E-Autos sind in den letzten Monaten drastisch zurückgegangen. Absatzmärkte in China und den USA gestalten sich zunehmend schwierig. Die Automobilindustrie und viele andere Branchen leiden unter Überregulierung, hohen Energiepreisen, unflexiblen Arbeitsregelungen und Lohnkosten.

Eine zentrale Ursache für die Krise der Automobilindustrie liegt in dem ideologisch verengten wirtschafts- und industriepolitischen Kurs der Ampel-Regierung. Die Regierung setzt auf einzelne, politisch definierte Technologien, statt technologieoffene Innovationen zu ermöglichen. Und selbst bei den von ihr politisch gewollten Technologien sorgt die Ampel für größtmögliches Förder-Chaos. Förderprogramme wie die Umweltprämie stoppt die Ampel abrupt und ohne jegliche Vorankündigung und bringt so die Nachfrage nach E-Autos zum Erliegen. Auch das Förder-Chaos der Bundesforschungsministerin bei der Batterieforschung ist ein schwerer Rückschlag beim Wiedergewinn von Wettbewerbsfähigkeit und technologischer Souveränität.

Als Union wollen wir, dass Deutschland ein starkes Industrieland bleibt. Dazu gehört eine starke Automobilindustrie. Nur eine wettbewerbsfähige Automobilwirtschaft sichert Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland und ist gleichermaßen in der Lage, in Klimaschutz und CO<sub>2</sub>- Neutralität zu investieren. Die Bundesregierung muss sich für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes einsetzen. Neben wettbewerbsfähigen Energiepreisen und einer Reform der Unternehmensbesteuerung ist der Abbau von Bürokratie zentral, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Das von den Ampel-Frakturen in dieser Woche beschlossene Bürokratieentlastungsgesetz wird diesen Anforderungen leider nicht gerecht. Die Regulierungs-, Reglementierungs- und Belastungsdichte sowie die Misstrauenskultur gegen Unternehmen ist zur DNA der Ampel geworden und somit zum Standortnachteil für unsere Wirtschaft. Die zuständigen Verbände hatten der Regierung eine lange Liste mit Vorschlägen zur Bürokratieentlastung vorgelegt. Leider hat die Ampel den Großteil dieser Vorschläge einfach ignoriert.

Als Union haben wir in den letzten Monaten immer wieder konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau vorgeschlagen: Belastungsmoratorium mit Bürokratiebremse, Erweiterung der One-In-One-Out zur One-In-Two-Out-Regel sowie Aufhebung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. Leider hat die Ampel nichts davon angenommen. Die Wirtschaft und das Land lassen sich mit den Klein-Klein-Maßnahmen der Regierung sicher nicht entfesseln.

## **Lauterbachs Krankenhausreform ist reiner Etikettenschwindel Experten kritisieren Gesetzentwurf der Ampel bei Anhörung im Deutschen Bundestag deutlich**

Die von Gesundheitsminister Karl Lauterbach geplante Krankenhausreform stößt weiterhin auf heftige Kritik aus der Fachwelt. Am Mittwoch fand eine öffentliche Anhörung des Gesundheitsausschusses zur Reform statt, bei der zahlreiche Fachverbände und Einzelsachverständige die geplanten Maßnahmen kritisierten. Der Katholische Krankenhausverband Deutschland e.V., in dem unter anderem das Verbundkrankenhaus Bernkastel/Wittlich, das Krankenhaus Maria Hilf in Daun und das Marienhaus Klinikum in Bitburg organisiert sind, bescheinigt der Reform von Gesundheitsminister Karl Lauterbach, dass sie „auf eine radikale Ausdünnung der Versorgungslandschaft abziele“, an deren Ende „der Bevölkerung eine massive Unterversorgung mit stationären Leistungen“ drohe. Die Kritik zielt auf die von der

Ampel geplante Konzentrierung auf spezialisierte Kliniken ab. Kleine, unrentable Krankenhäuser in ländlichen Regionen könnten dadurch schließen.

Lauterbachs Vorhaben ist ein Anschlag auf den ländlichen Raum. Sein Gesetzentwurf gibt keine Antwort darauf, wie die bereits finanziell angeschlagenen Krankenhäuser in ländlichen Regionen überleben sollen. Sie sind für die Grundversorgung zwingend notwendig und brauchen hierfür eine zusätzliche Finanzierung.

Der Gesetzentwurf der Ampel sieht zudem ein neues Vergütungssystem vor. Neben der Finanzierung über das bisherige Fallpauschalensystem sollen Krankenhäuser künftig sogenannte Vorhaltepauschalen erhalten. Die Höhe der Vorhaltepauschale hängt jedoch weiterhin von den Fallzahlen ab. Der Fehlanreiz des bisherigen Systems, viele Eingriffe für mehr Geld durchzuführen, wird damit nicht beseitigt. Die Kritik der Experten zeigt, dass Lauterbachs Krankenhaus Reform reiner Etikettenschwindel ist. Die Experten machen deutlich, dass eine Entökonomisierung der Krankenhauslandschaft mit den geplanten Maßnahmen nicht gelingen wird. Damit scheitert Lauterbach krachend an seinem eigenen Anspruch.

## **Gespräch mit der Jerusalem Foundation**

Mit Dr. Alexander Dubrau von der Jerusalem Foundation habe ich mich über die philanthropischen Aktivitäten der Stiftung und die gegenwärtige Lage in Israel und im Nahen Osten unterhalten. Die Stiftung führt in ihren Projekten Juden, Muslime und Christen zusammen und baut Brücken zwischen den unterschiedlichen Religionen und Kulturen – insbesondere in der jetzigen Zeit ein überaus wertvolles Engagement.

## **Hanna Durchdewald aus der Vulkaneifel verbringt ein Jahr als PPP-Stipendiatin in den USA**

Seit einigen Wochen ist Hanna Durchdewald aus Mückeln als Stipendiatin des Parlamentarischen Patenschafts-Programms für junge Berufstätige (PPP) in den USA. Sie lebt in der Kleinstadt Kalispell im Bundestaat Montana bei einer Gastfamilie und lernt für ein Jahr das Land und seine Kultur, aber auch das Arbeitsleben in den Vereinigten Staaten kennen. Ich freue mich sehr, Hanna Durchdewald als Pate in dem Austausch-Programm begleiten zu können.

Hanna Durchdewald hat in Deutschland ihre Ausbildung zur Schornsteinfegerin abgeschlossen und besucht nun für einige Monate ein sogenanntes Community College in Kalispell. Dort belegt sie hauptsächlich mathematische und umweltbezogene Kurse, die eine passende Ergänzung zu ihrem erlernten Beruf sind. Ab Januar wird sie dann für sechs Monate in einem Unternehmen arbeiten und die Arbeitskultur der USA aus erster Hand kennenlernen.

In ihrer Freizeit konnte Hanna Durchdewald bereits einige Highlights erleben: eine Wanderung durch die Rocky Mountains, ein traditioneller Rodeo-Wettbewerb sowie vielfältige Sportangebote an ihrem College.

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm gibt seit 1983 jedes Jahr Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Zeitgleich sind junge US-Amerikaner zu einem Austauschjahr zu Gast in Deutschland. Bundestags- und Kongressabgeordnete übernehmen dabei die Patenschaften für die Jugendlichen. Ich engagiere mich bereits seit vielen Jahren als Pate für das PPP. Das PPP ist als Vollzeitstipendium konzipiert. Es umfasst daher den gesamten Kostenbeitrag, also sowohl die Reise-, als auch die Versicherungs- und Programmkosten. Während ihres Aufenthalts leben die Jugendlichen in Gastfamilien.

Impressum gem. § 5 TMG :  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Patrick Schnieder MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227 71884  
E-Mail: [patrick.schnieder@bundestag.de](mailto:patrick.schnieder@bundestag.de)